

Die Kommunale

www.kommunale-initiative.de

2. März 2011

KI-Newsletter

KI-Stadtratsbüro
Dalbergstraße 2
63739 Aschaffenburg
Tel/Fax:
06021/980251

e-mail:
[info@kommunale-
initiative.de](mailto:info@kommunale-initiative.de)

Antrag: Klage gegen Staudinger Block 6!

Es gibt genügend Argumente für eine Klage – die Verantwortlichen der Stadt finden aber keine!

Zum Antrag der KI und der SPD, dass die Stadt Aschaffenburg sich der Klage gegen die Erweiterung des Kraftwerks Großkrotzenburg - Staudinger Block 6 – anschließt und der Argumentation der Stadt, die keine Gründe für eine Klage sieht – hat die KI folgende Position:

Die Stadt behauptet, es wäre „im vorliegenden Fall nicht ersichtlich, in welcher Weise ...“ Staudinger Block 6 „eine gemeindliche Planung der Stadt überhaupt ... beeinträchtigt“. Hierzu ist zu sagen: wäre die Stadt Aschaffenburg nicht in ihrer Planungshoheit betroffen, wäre sie auch nicht als Träger öffentlicher Belange am Immissionsschutzverfahren beteiligt worden. Steinkohlekraftwerke belasten die Luft mit Schadstoffen, Aschaffenburg liegt aufgrund der Windverhältnisse im Abluftbereich. Die fortbestehende Schadstoffbelastung aus dem neuen Block 6 ist zu erfassen im Luftreinhalteplan des Bayerischen Umweltministeriums, zu überwachen durch die Stadt, die lokal mit Luftreinhalteverordnungen nach Art. 10 Bayerisches Immissionsschutzgesetz reagieren kann oder muss. Schadstoffbelastungen haben auch Auswirkungen auf die Bauleitplanung bei der Ausweisung von eigenen Gewerbe- und Industrieflächen.

Eine Verletzung der Planungshoheit in Verbindung mit der bereits bestehenden Schadstoffvorbelastung der Stadt kann sich daraus ergeben, dass es dem Betreiber erlaubt worden ist, die Durchschnittsfracht von 1996-2006 auszustoßen, was ein Hammer ist, wenn man bedenkt, dass die heutigen Emissionsgrenzen immer schärfer geworden sind und 1996 noch ganz locker waren. Im Ergebnis wird damit erreicht, dass für den neuen Block nicht die neuen Grenzen, sondern noch die alten Grenzen festgeschrieben werden, obwohl die alten Blöcke 1-3 ausgedient haben. Hier müssen alle Alarmglocken schrillen und die Stadt sollte sich das nicht gefallen lassen. Nach Berechnungen der Umweltverbände werden die Schadstoffbelastungen für Schwefeloxide um 630%, Stickoxide um 188%, Feinstaub um 268% und Kohlendioxid um 160% steigen.

Mit einer eigenen Klage könnte die Stadt Aschaffenburg signalisieren, dass sich das Kraftwerk nicht nur in der nächsten Umgebung schädlich auswirkt.

Was die Kosten für eine Klage angeht, so stellt die KI fest:

Nach Rechtsanwaltsvergütungsgesetz kostet der eigene Anwalt „nur“ 3.765,63 Euro (2,8 Gebühr aus Regelstreitwert 60.000 Euro) plus Fahrtkosten nach Kassel. Eine Beteiligung in Höhe von 10.000 Euro für die Klagen drei anderer Städte wäre damit unsinnig. Eine Sammelklage gibt es nicht, jede Stadt muss ihre eigenen Belange in einer gesonderten Klage vorbringen.

Johannes Büttner, 2.3.2011

KI*

*)Unbequem aus
Verantwortung –
Die demokratische
Wählerinitiative im
Stadtrat
Aschaffenburg